

# Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Gedruckt wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Samstagabend in den Händen, einschließlich der Zeitungen "Mein Garten", "Die Frau und ihre Welt", "Der heilige Altar", "Wahlisches Wissen für alle", "Unterhaltungsblätter". Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadensersatz geleistet.



Telegr. Abt.: Zeitung.  
Anzeigen werden die schlagspaltene innen hohe (Betts) Seite oder deren Raum mit 15 Pg. berechnet; auswärts 20 Pg. Bei Niederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kostet pro Seite 40 Pg. Verbindlichkeit für Pg., Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegerüste für Offseten und Auskunft beträgt 15 Pg. Zeitungsbelägen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 131

25. Jahrgang.

Dienstag, den 1. November 1932

## Die Reformen in Preußen

Berlin, 1. November.

All am letzten Sonnabend die Verordnung über die Neugliederung der preußischen Verwaltungsbüroden wurde, erregte es allgemeine Überraschung, daß die für den gleichen Zeitpunkt angekündigte Ernennung von Reichsministern ohne Portefeuille, einer preußischen Kabinettskommission übertragen werden sollten, ausgeschieden war. Aus dieser Tatsache glaubte man, verdeckt durch den Schluß ziehen zu können, daß der Reichskanzler durch die Einsprüche Bayerns und Preußens verhindert worden sei, im letzteren Stunde Bedenken gegen die Gleichsetzung der Ernennung geltend zu machen, die zu einer Neuausgliederung der Entscheidung geführt hätten. In Wirklichkeit ist aber die Veränderung nach jedem politischen Hinweis geprägt; sie ist lediglich darauf zurückzuführen, daß bei Erlass der preußischen Verordnung noch nicht von allen für den Eintritt in das kommissarische Kabinett Papen-Bracht und ausschließlich genommenen Persönlichkeiten die erforderliche Unterständnisserklärung vorlag. Dazwischen ist nach Überprüfung dieser technischen Schwierigkeiten die Erneuerung der neuen kommissarischen Minister am Montagvormittag erfolgt worden.

Die neue Ministerliste bringt die Ernennung zweier weiterer Stellvertreter: Reichsminister für Preußen. Von politischer Bedeutung ist die Tatsache, daß man die Wahrnehmung der Geschäftsführer des Landwirtschaftsministeriums nicht dem anfangs dafür ausgetriebenen Staatssekretär Mutschel, sondern dem Reichsvermögensminister Freiherrn von Braun anvertraut hat. Damit ist ein neuer Schritt zur Herbeiführung der Personalunion zwischen dem Reich und Preußen getan.

Wie verlautet, sind diese Ernennungen in der Unterredung, die der Reichspräsident am letzten Sonnabend mit den Vertretern der alten preußischen Geschäftsführernden Regierung Braun hatte, nicht erörtert worden; sie sind nach Ankündigung des Reichsministers nicht in den Rahmen des Zusammensatzes mit der preußischen Hochstiftsregierung fallen. Die alte Preußengesetzgebung vertittt demgegenüber die Ansicht, daß der Leipziger Urteil dem Reich lediglich das Recht gibt, vorübergehende preußische Zuständigkeiten zu übertragen, es aber für rechtswidrig erklärt, dauernde Übertragung durch einseitigen Akt anzurufen. In der Auslösung des Wohlfahrtsministeriums und in der Neuordnung der Ministerien, wie sie in der neuen Verordnung des Reichsministers vorgesehen ist, erblickt das Kabinett Braun einen Eingriff in sein Hoheitsrecht. Das gleiche gilt auch für die Neuerennungen, in denen das Kabinett Braun eine Verwegnahme der Reichsreform erlebt. Diese Behauptung wird allerdings von der Reichsregierung und von dem Reichsminister auf das entschieden bestritten. Angesichts dieser großen Meinungsverschiedenheiten muß man damit rechnen, daß es zu einem neuen Verfahren vor dem Staatsgerichtshof kommen wird.

Daneben wird die Preußengesetzgebung auch die Entscheidung des Reichsrats über die Maßnahmen des Reichs entziehen. Der Reichsrat wird am 10. November zu seiner nächsten Sitzung zusammentreffen. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen allerdings keine besonderen politischen Fragen, da die Einladungen bereits vor einigen Tagen erlangt sind. Anträge auf eine frühere Einberufung des Reichsrats liegen zur Zeit nicht vor, doch hätte es Preußen mit Unterstützung der bayerischen Stimmen jederzeit in der Hand, noch in dieser Woche, also vor der Wahl, eine Reichsauflösung einberufen zu lassen. Auf jeden Fall dürfte Preußen sicher in der nächsten Sitzung die jüngste politische Entwicklung in Preußen zur Sprache bringen. In diesem Falle würde, wie von zuständiger Stelle verfestigt wird, die Reichsregierung selbstverständlich Rede und Antwort stehen.

Die Ausführungen der preußischen Aktion im Reichsrat werden vom Preußentabinett Braun als ungünstig angesehen, da man weiß, daß das Vorgehen des Reichsministers in Preußen von den süddeutschen Ländern mit wachsender Begegnung verfolgt wird. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat in den letzten Tagen bei seinen Wahlreden wiederholt seine Bedenken gegenüber der Politik des Reichsministers Ausdruck verliehen. So erläuterte er am Sonntag in einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei in Würzburg, was das Vorgehen des Reichsministers in Preußen betreffe, so schaffe die Ausübung der Länderechte dieselbe verdeckte innerpolitische Spannung wie eine Verprellung des Reiches. Der Reichsminister habe mit der Belastung von preußischen Ministerien mit Reichsministern die Grenze seiner Befugnisse nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs bereits überschritten. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs habe den bayerischen Standpunkt voll und ganz gerechtfertigt. Als erste und vordringliche Notwendigkeit einer Verfassungsreform sei festzuhalten, welche Grenze der Urteil 48 in seiner Anwendung habe. Man könnte nicht optimistisch darüber sein, sondern man müsse es aus Überzeugung sein. Bayern wolle eine genaue und feste Umreitung der Zuständigkeiten von Reich und Ländern und eine Unabhängigkeit der Länder mit eigenen Steuern.

Auch in Baden und Württemberg ist man mit den wichtigen Maßnahmen in Preußen nicht ganz einverstanden. Besonders die Ernennung des Staatssekretärs z. D. Popitz zum Reichsminister und Leiter des preußischen Finanzministeriums hat in Süddeutschland schwer verurteilt, da man ihm den Mann sieht, der bei den jeweils bestehenden Realitäten

## Ernennungen vollzogen

Freiherr von Braun, Dr. Popitz und Prof. Kaehler stellvertretende Reichsminister ohne Portefeuille  
Bracht und Popitz zugleich Reichsminister ohne Portefeuille

Berlin, 1. November.

In Fortführung der preußischen Verwaltungsreform hat Reichsanzler von Papen in seiner Eigenschaft als Reichskanzler für Preußen nunmehr weitere Stellvertreter ernannt. Amlich wird darüber mitgeteilt:

In seiner Eigenschaft als Reichsminister für das Land Preußen hat der Reichsanzler folgende Ernennungen vorgenommen:

Zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums hat er den Staatssekretär z. D. Prof. Dr. Popitz ernannt;  
zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten den Reichsminister Freiherrn von Braun;

zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den Universitätsprofessor Dr. Kaehler.

In der kommissarischen Leitung der übrigen preußischen Ministerien tritt keine Veränderung ein.

Der Reichspräsident hat den Stellvertreter Reichsminister für das Land Preußen, Staatssekretär z. D. Oberbürgermeister Dr. Bracht, und den Stellvertreter des Reichsministers für das preußische Finanzministerium, Staatssekretär z. D. Prof. Dr. Popitz, für die Dauer ihrer Beauftragung mit diesen Aufgaben zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich ernannt.

Der Stellvertreter Reichsminister für den Geschäftsbereich des preußischen Finanzministeriums, Reichsminister Dr. Popitz, wurde am 2. Dezember 1884 in Leipzig geboren. Er studierte in Lausanne, Leipzig, Berlin und Halle Rechtswissenschaften. Nach längerer Tätigkeit im preußischen Verwaltungsdienst kam Dr. Popitz während des Krieges in das Reichsgericht. Am Jahre 1919 wurde Dr. Popitz Vortragender Rat und zwei Jahre später Ministerialdirektor.

Die Ernennungen sind eine Ausgleichsmaßnahme zwischen Reich und Ländern extreme und unitarische Ziele verfolgte.

Die Reichsregierung ist bemüht, die Bedenken der süddeutschen Regierungen gegenüber den Maßnahmen in Preußen nach Möglichkeit zu zerstreuen. Der Vertrauensmann der Reichsregierung, Freiherr von Persner, weile am Montag in Stuttgart, um der württembergischen Regierung von ihrer offiziellen Stellungnahme zu den Ereignissen in Preußen nähere Auskünfte über die Maßnahmen des Reichsministers zu geben. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, der am Montag in Stuttgart weilte, nahm an der Konferenz mit dem Gesandten von Persner ebenfalls teil.

## Das geplante Pluralwahlrecht

Das Reichsinnenministerium über die Einführung von Zusatzstimmen.

Berlin, 1. November.

Die von dem Reichsinnenminister im Verein der Presse vorgetragenen Reformgedanken haben in der Deutlichkeit, wie zu erwarten war, je nach der parteipolitischen Richtung eine Kritik gefunden. Insbesondere haben die Ausführungen über die Schaffung von Zusatzstimmen für Familienernährer und Kriegsteilnehmer Anlaß zu der Behauptung gegeben, die Reichsregierung plane eine Stimmentziehung der Arbeitslosen.

Demgegenüber wird festgestellt, daß von einer derartigen Absicht überhaupt nicht die Rede gewesen ist. Es handelt sich nach den Vorhängen der Regierung um die Gewährung einer Zusatzstimme an diejenigen Männer oder Frauen, denen die Sorge für die Ernährung einer Familie selbstverständlich obliegt. Es ist dabei völlig gleichgültig, ob ein Familienernährer, Mann oder Frau, seinen Unterhalt durch Arbeit erwirkt oder unterstützt wird. Es kommt allein auf die Tatsache an, daß jemand außer für sich auch noch für ein oder mehrere Kinder zu sorgen hat. Von einer Entziehung der Arbeitslosen kann also keine Rede sein.

Was das Zusatzwahlrecht für die Kriegsteilnehmer betrifft, wird noch darauf hingewiesen, daß der Begriff Kriegsteilnehmer noch nicht bestimmt werden wird. Es könnte aber schon jetzt mitgeteilt werden, daß dieser Begriff keineswegs kleinlich ausgelegt werden soll. Ein Kriegsteilnehmer, der auch Familienvater ist, sollte zwei Zusatzstimmen erhalten.

## Gemeindewahl bei Kassel

Kassel, 1. November.

Bei der Neuwahl des Gemeinderats von Weimar (Landkreis Kassel) entfielen von insgesamt 937 abgegebenen

Im Jahre 1922 wurde er gleichzeitig Honorarprofessor für öffentliches Recht und Steuerrecht an der Universität Berlin. Von 1925 bis zum Dezember 1929 war Dr. Popitz Staatssekretär im Reichsfinanzministerium.

Der Stellvertreter Reichsminister für den Geschäftsbereich des preußischen Kultusministeriums, Prof. Kaehler, erhielt am 5. Februar 1871 in Halle das Dokt der Welt. Er studierte in Halle und Greifswald Nationalökonomie und war später Privatdozent an der Universität Halle und sodann Professor an der Technischen Hochschule Aachen und an der Universität Greifswald. Prof. Kaehler gehörte als deutschnationaler Abgeordneter der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung an. Im Preußischen Landtag war er später Vertreter des Wahlkreises Pommern. Professor Kaehler besitzt den juristischen und philosophischen Doktorgrad sowie den theologischen Doktor h. c.

## Reichsrat einberufen

Zum 10. November.

Der Reichsrat, die Vertretung der deutschen Länder, ist auf Veranlassung des Reichsinnenministers zum 10. November zu einer neuen Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen laufende Angelegenheiten. Sollen im Verlaufe der Sitzung auch Auskünfte über politische Fragen gefordert werden, z. B. über die Hoheitsrechte des preußischen Staatsministeriums, dann dürfen diese Auskünfte vom Reichsinnenminister erstellt werden.

Wie verlautet, wird das geschäftsführende preußische Staatsministerium Braun, Staatssekretär z. D. Oberbürgermeister Dr. Bracht, und den Stellvertreter des Reichsministers für das preußische Finanzministerium, Staatssekretär z. D. Prof. Dr. Popitz, für die Dauer ihrer Beauftragung mit diesen Aufgaben zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich ernannt.

Der Vergleich des Wahlergebnisses mit dem Ergebnis der letzten Reichstagswahl ergibt, daß die nationalsozialistische Liste einen Stimmenzuwachs von 25 und die Kommunisten einen solchen von 3 zu verzeichnen haben, während die Sozialdemokraten einen Verlust von 32 Stimmen aufweisen.

## Rüstungsfeierjahr abgelaufen

Fragebogen Hendersons über die Waffenfabrikation.

Genf, 1. November.

Das sogenannte Rüstungsfeierjahr, das im vergangenen Jahre auf Antrag des damaligen italienischen Außenministers Grandi von der Abrüstungskonferenz beschlossen worden ist, ist mit dem heutigen Dienstag abgelaufen.

Wie verlautet, hat die Reichsregierung eine Umfrage des Völkerbundes, in der zum Ausdruck gebracht worden war, ob die Staaten sich nicht verpflichten wollten, vier Monate über den 1. November hinaus das Rüstungsfeierjahr in Gelung zu lassen, nicht beantwortet.

Die Reichsregierung hat sich zu dieser Maßnahme deshalb entschlossen, weil sie schon früher den Standpunkt vertreten hat, daß von einer erneuten Festlegung des Deutschen Reiches in dieser Frage das Problem der defensiven Forderung nach Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage geklärt sein müsse. Die Frage des Rüstungsfeierjahres ist außerdem eine Angelegenheit der Abrüstungskonferenz, an deren Verhandlungen Deutschland gegenwärtig nicht teilnimmt.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat dem Vernehmen nach den in Genf vertretenen Mächten einen Lebhaftes über die Waffenherstellung in den verschiedenen Staaten verfaßt. In einem Begleitschreiben bemerkte Henderson, es sei wichtig für den Fortgang der Konferenz, die Antworten sobald als möglich, und zwar noch Ende dieses Jahres einzufinden. Der Fragebogen lautet:

1. Wird eine besondere Erlaubnis verlangt für die Zwecke der Herstellung von Waffen und Kriegsgütern?

2. Welche Unternehmen befassen sich in Ihrem Land mit der Herstellung von Waffen, die mit dem Abrüstungsentwurf von 1929 in Verbindung mit der Überwachung der Herstellung erwähnt sind? Sind die Unternehmen Staats-eigentum? Werden sie staatlich unterstützt? Stehen sie unter Aufsicht des Staates oder sind sie rein privat?

3. Wie waren die Verkäufe der Gesamtzeugnisse (ausgedruckt in Hunderttausend und Gewichtswert) zwischen ausländischen Märkten und einheimischen Märkten in den Jahren 1927 bis 1931?



# Aus der Heimat

Spangenberg, den 1. November 1932.

## November

Groß scheint in diesen Tagen des Spätherbstes die Sonne nach manchmal mild und warm, aber die kalten Nächte sind unbedeutend, schwarz und niederrückend in ihrer trübeleitigen Macht im Kranz des Jahres, die Natur in ihrem unheimlichen Kleid. Die Bäume sind entblättert, und was noch ein letztes verschärftes Blatt am Zweig hängt, wartet es nur auf den nächsten Angriff des kalten Windes, der es herabzieht. Der Winter hat bereits im Oktober seine Vorboten gesandt und in einigen Teilen Deutschlands Schnee gebracht. Das Jahr steht nun auf der Schwelle zwischen Herbst und Winter, es sieht nicht so aus, als ob es sich auf eine langsame Entwicklung zu. Der Novemberklima ist die brausende Welle der Tiere. Es geht durch die Straßen, peitscht Menschenlosen Regen oder Staub ins Gesicht, will in den Nächten heulen an den Dächern, rost über schleiernde Felder und röhrt das Meer auf. Der Winter steht mit dem Herbst.

Die alten deutschen Bezeichnungen für den Monat deuten auch auf seinen unfeindlichen Charakter hin: Windmonat, Nebelmonat oder Rebellion, Herbstmonat usw., die aber alle gegenüber dem lateinischen Namen des neunten Monats nicht haben durchdringen können, der ebenso nüchtern wie ungutprechend ist. Am vorrömischen römischen Kalender war der November allerdings der neunte Monat und trug damals seinen Namen mit Recht. Der Landmann nannte ihn allen Deutschland den November vorzugsweise den Herbstmonat, weil das Vieh von den Weinen hingetrieben wurde und bei dem Mangel an geeigneten Ställen und Unterflächen ein großes Schlachten anhob, dessen leichte Reste heute noch in den Schlachtfesten und in der Sitten der Feiertagsmahlzeiten erhalten haben. Der Bauer sah nun wieder die Tage kommen und verbrachte einen großen Teil seiner Zeit in seinen vier Wänden. Er hatte also Zeit und Gelegenheit, die er in die Form von Sprichwörtern und Redensägen legte. Daraus ist der November besonders reich an sogenannten "Vorlagen".

Die Bücher sind auch Lebewesen und brauchen wie der Mensch eine geeignete Atmosphäre, wenn sie nicht vorzeitig absterben sollen. Am amerikanischen Bureau of Standard hat man wissenschaftliche Untersuchungen darüber angefangen. Man sieht Bücher verschiedener atmosphärischer Einflüsse aus und beobachtet die Wirkung. Es zeigt sich, daß in trockener Wärme das Papier des Buches schnell alt und der Zersetzung anheimfällt. Die schlimmsten Ergebnisse drohen dem Papier, außer vom Staub, von den Schadstoffen, die aus dem Feuer entstehen, und den anderen Faktoren stark sind. Ramentlich die holzhaltigen oder ganz zellulose hergestellten Papierarten sind dagegen wenig widerstandsfähig. Um die Lebensbedingungen der Bücher zu verbessern, müßten die größeren Bibliotheken die atmosphärischen Bedingungen in den Bilderspeichern, den Grad der Wärme und der Feuchtigkeit genau regeln und den nicht minder gefährlichen Staub so weit wie möglich ausschließen. Dadurch würde die Lebensdauer ihrer kostbaren Schätze verlängert werden.

Das anhaltende Regenwetter hat sich in manchen Ortschaften sehr ungünstig ausgewirkt. Die Landwirtschaft hat sehr darunter zu leiden. Die Feldbestellung wurde anfangs durch das schlechte Wetter sehr in die Tiefe gezogen und ist jetzt zur Unmöglichkeit geworden. Große Flächen warten noch darauf, bis man die Roggen- und Weizenanbau in ihren Schoß bringt. Da der Oktober um bereit zu Ende ist, ist sehr zu wünschen, daß es bald nodenes und auch noch für längere Zeit frostfreies Wetter gibt, damit die Feldbestellung noch zu Ende geführt werden kann.

Kirmes in Elbersdorf. Eine Kirmes, wie selten gefeiert worden ist. Diesmal machte alles mit — Alt und Jung — und das ist auch der richtige Sinn einer Kirmes. Kirmes soll ja kein Tanzvergnügen gehabter Art sein, an dem sich hauptsächlich nur die Jugend erfreut. Kirmes ist ein Tanzfest, bei dem die ganze Gemeinde zusammenkommen und dem Ehrenhöflichen unterhalten und feiern. Bei der diesjährigen Kirmes hat der Kirmes am Montag eine große Überraschung gebracht. Alles war auf den Beinen, denn solche originellen Gegebenheiten sind nicht alle Tage zu sehen. Schön waren auch die Abendstunden auf dem Tanzsaal. Bei den Extratänzen für die alten, verheiraten Herrschäften gab es Gelegenheit, sich einmal kräftig auszulachen.

Steuerabschläge. Die Finanzämter haben mit der Ausgabe der Steuerabschläge begonnen. Viele Steuerpflichtigen haben jedoch noch nicht genau die Bestimmungen gekannt, sondern nur auf Antrag des Steuerabfalls ausgegeben werden. Der Steuerpflichtige hat in der Regel 2 Anträge zu stellen, nämlich einen Antrag an das Finanzamt bezüglich der Ausstellung der Abschläge für Umsatzsteuer, Gewerbe- und Grundsteuer, sowie einen Antrag an die Landes- oder Gemeindesatzes bezüglich der Gewerbe- und Grundsteuer zwecks Ausgabe der abschließenden Abschläge an das Finanzamt. Dabei ist der Landes- oder Gemeindesatzes Abschrift des an das Finanzamt gerichteten Schreibens zu geben. Die für diese Anträge zweckmäßig zu benutzenden Vorformulare sind zu beziehen vom Verlag für Reichssteuerabschläge m. b. H. Berlin NW 87, Elbersdorfstraße 30. Der Steuerpflichtige erhält gegen Einsendung von 30 Pfennigen oder Steuerabschlägen oder auf Postscheckkonto Berlin Nr. 421 vom Verlag für Reichssteuerabschläge m. b. H. NW 87, Elbersdorfstraße 30 durch die Post portofrei ein Meckblatt mit Steuerabschlägen für Steuerzahlungen mit den fünf verschiedenen Vorformularen für die Antragstellung zugesandt.

Arnsfeld. Eine Brücke hat die Witwe Stuhmann. Nachdem die Kuh schon zweimal Brüllte, bevor sie starb, warf sie nunmehr drei gesunde Kalber auf einmal, das das reisepflichtige Gewicht von 68, 53 und 47 Pf. hatten. Solche Käufe tun doch auch in dieser schweren Zeit ihre Pflicht und wollen die niedrigen Käufpreise durch Massenproduktion wieder ausgleichen.

## Aus Stadt und Land

Aussklärung des Berliner Frauenmordes. Der Raubmord, der am 22. Oktober in der Lutherstraße in der Wohnung der Ehefrau eines Kriminalbeamten aufgetreten ist, ist von der Berliner Kriminalpolizei aufgedeckt worden. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft wurde der 28-jährige Stellvertreter Friedrich Mann festgenommen. Mann gab nach kurzem Leugnen die Tat zu. Er gestand, in die Wohnung der Frau Könige eingedrungen zu sein, sie niedergeschlagen und etwa 4500 Mark gestohlen zu haben.

Sieben Feuerwehrleute bei Löscharbeiten schwer verletzt. Am Sonntagabend kam in der großen Scheune auf dem Grünfeld der früheren Zilldower Amtshäuser bei Stettin ein Feuer aus, durch das die Scheune vollkommen vernichtet wurde. Das Feuer nahm einen derartigen Umfang an, daß der Einfahrt der Stettiner Wehren notwendig wurde. Bei dem Versuch, einen nordöstlich gelegenen neu erbauten Stall zu retten, wurden sechs Beamte der Stettiner Feuerwehr, darunter der Branddirektor, der Brandingenieur sowie vier Feuerwehrleute von einer einsitzigen Mauer begraben und zum Teil sehr schwer verletzt. Der Brandingenieur ist inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen.

Fürsichtiger Betriebsunfall in einem Hochöfenwerk. Bei Reparaturarbeiten am Hochofen fiel der 48 Jahre alte Vorarbeiter Peter Bohrmann auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte in Mühlheim a. d. Ruhr in die 1800 Grad entzündende Feuerschlund. Als die Glüde des Hochofens geöffnet wurde, schoß infolge des Hinzutretens der Frischluft eine Flamme heraus, wobei ein Betriebsingenieur und vier Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Mit dem Auto in den Kanal. Ein Kraftwagen aus Rotterdam geriet bei Alpendam auf der längs des Nordholländischen Kanals führenden Straße infolge der Nässe ins Schleudern. Der Fahrer verlor die Gewalt über den Wagen, der in den Kanal fuhr, wo er sich noch zu allem Unheil übertrug. Der Fahrer des Wagens, seine Frau und sein 14-jähriger Sohn sowie ein vierter Insasse ertranken.

Ein Todesurteil wegen des Eisenbahnunglücks bei Moskau. Vom Obersten Gerichtshof der Sowjetunion ist nach dreitägiger Verhandlung der Eisenbahnbefreite aufgelöst. Der Zusammenhang mit dem Eisenbahnungluß bei der Station Pjatjehaus am 16. Oktober wegen Bröderhaftigkeit und Disziplinlosigkeit zum Tode durch Erhängen verurteilt worden. Vier andere Beamte erhielten Gefängnisstrafen von vier bis sechs Jahren. Bis jetzt haben die Sowjetbehörden noch keine amtliche Mitteilung über die Zahl der Opfer des Unglücks herausgegeben.

Neue Ausschreitungen in London. Die arbeitslosen Hungermärkte veranstalteten am Sonntag eine Massenkundgebung auf dem Trafalgar-Platz. Auch dieses Mal kam es wieder zu schweren Zusammenstößen mit Polizei, obgleich die umfangreichen Schutzmaßnahmen getroffen worden waren. Über 30 Personen, darunter mehrere Schuleute, wurden verwundet. Einige Kommunisten wurden verhaftet. Es zeigte sich, daß die Unruhen weniger von den Hungermärktern selbst als von Londoner Kommunisten ausgingen, die sich der Kundgebung zu Tausenden angelockt hatten. Verschiedene Male versuchte die Menge durch die White Hall in Richtung des Parlaments durchzubrechen; sie wurde aber jedesmal von berittenen Schuleuten zurückgedrängt.

Von Gronau in Bagdad. Von Gronau ist auf seinem Weltflug Sonntag nachmittag in Bagdad eingetroffen. Inzwischen hat Gronau mit seinem Dornier-Wal wieder direkte Funkverbindung mit der Heimat aufgenommen. Der Verkehr mit Kurzwellen erlaubte eine ausgezeichnete Verständigung selbst über diese riesigen Entfernung und mit den geringen Energien der Bordstation des Flugbootes.

## Geheimverhandlung in Genf

Vom Vorbereitungsausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz gegen den deutschen Antrag beschlossen.

Genf, 1. November. Der Sachverständigenausschuß für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz eröffnete in Genf seine Arbeiten. Zum Vorsitzenden wurde der Präsident des Holländischen Staatsbaus, Professor Trip, gewählt, der als Vertreter der Bäuerlichen Partei an den Verhandlungen teilnimmt. Der gegenwärtig noch vertretende — neue Generalsekretär des Bölkerverbandes, Averlo, eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache, in der er die Aufgaben des Ausschusses darlegte.

Die deutsche Regierung ist durch Ministerialdirektor Rosse und das Mitglied des Reichsbankdirektors Voß vertreten. Allgemein ist die außerordentlich zahlreiche amerikanische Abordnung aufgetreten, an deren Spitze der bekannte Professor der Harvard-Universität, Williams, und der Finanzberater des amerikanischen Außenministeriums steht.

Kurz nach Eröffnung der Sitzung stellte Ministerialrat Rosse

den Antrag, öffentlich zu verhandeln. Ministerialrat Rosse betonte dabei, der Ausschuß müsse seine Arbeiten unter dem festen Eindruck führen, der Weltwirtschaftskonferenz zu positiven Ergebnissen zu verhelfen. In der geläufigen Weltöffentlichkeit würde eine allgemeine Enttäuschung Platz greifen, wenn als Ergebnis der Konferenz nicht eine allgemeine wirtschaftliche Besserung eintreten würde. Der internationale Preis mußte die Möglichkeit gegeben werden, die Ergebnisse und die Fortschritte der Arbeiten zu beobachten. Der Ausschuß habe die große Aufgabe, die gesamte internationale Atmosphäre für die kommende Londoner Konferenz vorzubereiten.

Nach einer ausgedehnten Aussprache wurde jedoch beschlossen, die Verhandlungen geheim zu führen und nur von Fall zu Fall die Presse zu den Verhandlungen zugelassen. Der Ausschuß beschloß ferner, Vertreter der internationalen Handelskammer in Paris und des internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom zu den Beratungen einzuladen.

## Herriot in Madrid

Überreichung des Großkreuzes zur Ehrenlegion an den spanischen Ministerpräsidenten.

Madrid, 1. November.

Der französische Ministerpräsident Herriot traf in seinem angekündigten Besuch in Madrid ein und überreichte dem spanischen Staatspräsidenten das Großkreuz der Ehrenlegion. Dem Besuch kommt dadurch erhöhte Bedeutung bei, daß sich Frankreich seit länger Zeit offiziell darum bemüht, Spanien für die Unterstüzung seiner Politik zu gewinnen.

Wie über die Reise Herriots berichtet wird, gestaltete sie sich von der französisch-spanischen Grenze ab zu einem wahren Triumphzug. Als der Südepreß auf der spanischen Grenze stand, drang Holt mächtig, wurde Herriot von einer nach Lausanne zählenden Menschenmenge mit dem Rufe „Es lebe Herriot!“ empfangen. Das Bahnhofsgebäude und der Zug waren mit den französischen und spanischen Flaggen geschmückt. Der französische Arbeitsminister, der französische Botschafter in Madrid und der spanische Botschafter in Paris waren dem Ministerpräsidenten von Madrid entgegengefahren. Herriot verteilte unter die anwesende Bevölkerung Tapeten, spanische Frauen überreichten Blumen.

Eine Bewegung gegen den Besuch Herriots versuchten die Kommunisten zu entfachen, doch sind bereits vor der Ankunft Herriots in Madrid mehrere kommunistische Führer festgenommen worden.

## Papen an Frankreich

Paris, 1. November.

Die Agentur Havas veröffentlicht den Inhalt einer Unterrichtung, die Reichskanzler von Papen dem europäischen Vertreter in Buenos Aires erscheinenden Zeitung „Nación“ gewährte.

Der Reichskanzler bezeichnete die französisch-deutsche Annäherungspolitik als den Hauptpfeiler des Weltfriedens. Die Beurteilungen Frankreichs angesichts der angeblichen militärischen Vorbereitungen der deutschen Jugend seien unbegründet, denn die deutschen militärischen Organisationen seien nichts anderes als die amerikanische Legion oder die französische Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer. Er sei eine deutsch-französische Verständigung für wünschenswert und möglich. Während der letzten Jahre sei es gelungen, eine ganze Reihe sehr heiterer Fragen, wie die Rheinlandräumung und die Reparationen, zu lösen, und er lehne nicht ein, weshalb man nicht auch zu einer Regelung der Gleichberechtigungsforderungen Deutschlands gelangen sollte. Er könne nicht glauben, daß Frankreich, das immer wieder von Menschenrechten spreche, Deutschland die gleichen Rechte verweigern werde. Eine Verständigung mit Frankreich über diese grundsätzlichen Fragen könne nicht unmöglich sein.

## Drei Kinder verbrannt

Die Armenwohnung im Eisenbahnwagen.

Stuttgart, 1. November.

In Altensteig (Oberamt Nagold) brach in einem als Armenwohnung aufgestellten Eisenbahnwagen, dem seit Jahren der erwerbslose Hilfsarbeiter Eugen Ottmar mit seiner Familie bewohnte, Feuer aus. Die Eltern waren abwesend und hatten ihre drei Kinder im Alter von 6, 2½ und 1½ Jahren eingeschlossen. Das Feuer wurde von Leuten des Freimaurer-Arbeitsdienstes, die in der Nähe beschäftigt waren, bemerkt. Es wurden sofort Versuche zur Rettung der schreienden Kinder unternommen. Die Rettungswandlung war jedoch so stark, daß ein Kindringen in die Notwohnung unmöglich war. In kurzer Zeit brannte der Eisenbahnwagen nieder. Die drei Kinder wurden auf einem verbrannten Sofa zusammengefauert mit sichtbaren Brandwunden, zum Teil verkrustet, tot aufgefunden.

## Das Schicksal des Postflugzeuges

Visher vergebliche Suche.

London, 31. Oktober.

Ueber den Verbleib des deutschen Nachtpostflugzeugs „D. 2017“, das am Sonnabendabend auf dem Fluge von London nach Köln anheimfiel infolge Motorciadens auf dem Kanal niedergehen mußte, liegen bisher keine Nachrichten vor. Das englische Luftfahrtministerium erklärte, daß das Flugzeug wahrscheinlich einfach im Kanal verschwunden sei. In einem Sturm, wie er in der Nacht zum Sonntag im Kanal gewütet habe, könne kein Flugzeug sich lange über Wasser halten.

Die Suche nach den verschollenen Fliegern wurde während des Sonntags fortgesetzt. Auch englische Flugzeuge suchten den Kanal kreuz und quer ab. Mehrere Dampfer und Rettungsboote von Walton on the Naze und Walmer durchsuchten den Kanal, ohne aber eine Spur von den deutschen Fliegern oder ihrem Flugzeug zu finden. Der englische Dampfer „Gaslight“ berichtete, daß er am Sonnabendabend, kurz nachdem von dem Postflugzeug die SOS-Rufe abgegeben worden waren,

ein Notladerfeuer

in der Nähe des nördlich der Themsemündung liegenden Gunfleet-Leuchtturmes gesehen habe, das von dem Leuchtturm beantwortet worden sei. Später hieß man es jedoch unwahrscheinlich, daß das Notzeichen von der „D. 2017“ abgedämpft wurde. Das Rettungsboot von Walton on the Naze war an dieser Stelle zehn Stunden lang vergeblich auf der Suche.

## Stürme über Westeuropa

Schiffe in Seenot. — Große Sturmshäden.

An der Nacht zum Sonntag erlebte England einer der heftigsten Stürme in diesem Jahr. Der Sturm hatte, wie zuerst festgestellt wurde, zeitweise eine Durchsetzungsgeschwindigkeit von 160 Stundenkilometern.

Der Kanalampfer „Maid of Kent“, der 126 Fahrgäste an Bord hatte, war den Wellen vollkommen preisgegeben und machte acht vergebliche Versuche, in den Hafen von Folkestone einzulaufen. Erst der neunte Versuch gelang, nachdem die Fahrgäste eine zweistündige Schreckenszeit durchgemacht hatten.

Großen Schaden richtete der Sturm in Nordwales an. Die Seepromenade in Colwyn wurde von den Wogen aufgerissen und auf größere Strecken zerstört.

Auch an der französischen Nord- und Westküste hat der seit über 24 Stunden tobende starke Sturm in den Hafenstädten erhebliche Schäden angerichtet. Aus Le Havre, St. Malo, Cherbourg, Trouville und La Rochelle werden starke Sturmshäden gemeldet. Die neuen Deicharbeiten in Le Havre sind durch die hohe Brandung völlig zerstört.

